

## POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.71.M.O.Gén. - SPE/fu

Bern, 9. März 1987

Protokoll des Gesprächs des Departementsvorstehers mit dem Chef des politischen Departements der PLO, Faruk Kaddumi, Bern, den 27. Februar 1987

CFA erinnert einleitend an die zwei vorangegangenen Begegnungen mit Kaddumi (K).

K. überbringt die Grüsse des PLO-Vorsitzenden Arafat und des Exekutivkomitees und dankt der Schweiz für die humanitäre Hilfe, die sie den Bewohnern der bedrängten Lager im Libanon leistet. K. holt zu einem Tour d'horizon der Lage der Palästinenser aus und betont, die PLO habe seit Jahren immer wieder die Initiative ergriffen, um den Nahostkonflikt einer gerechten Lösung zuzuführen. Die PLO hat etwa die Empfehlung unterstützt, die anlässlich der Palästinakonferenz in Genf verabschiedet wurde. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde von der Konferenz beauftragt, die notwendigen Kontakte zu knüpfen, um eine internationale Konferenz auf der Basis der "relevanten Resolutionen" zu organisieren. Die Bemühungen des Generalsekretärs scheiterten aber am Widerstand Israels und der USA. Die Araber haben 1982 eine Initiative ergriffen, die als Fes-Plan bekannt wurde. Dieses Dokument sieht eine Garantie für die Völker und Nationen des Nahen Ostens unter Berücksichtigung des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes vor.

Verschiedene Lösungsvorschläge, die im Sicherheitsrat eingebracht wurden, sind von den USA mit einem Veto belegt worden.

Israel hat Camp David dazu benutzt, um 1982 im Libanon einzufallen. Seither sind die Spannungen in der Region weiter gestiegen. Die terroristischen Praktiken in den von Israel besetzten Gebieten werden verschärft. Die Israeli deportieren die palästinensischen Bewohner. Demonstranten werden zusammengeschossen, mehr und mehr Land wird konfisziert, Häuser werden zerstört, und es entstehen neue jüdische Siedlungen.

Die Palästinenser befinden sich nicht zu ihrem Vergnügen im Libanon, sondern weil sie seit 1948 gezwungen waren, einzuwandern. 1982 musste die PLO Beirut und 1983 Tripolis verlassen. Seither ist die palästinensische Bevölkerung der Aggression der Schiitenmiliz Amal ausgesetzt. Die Palästinenser werden auf lange Sicht vor keinem Land auf ihrem Territorium geduldet. Es gibt nur eine Lösung, die Rückkehr in ihre Heimat. Die Palästinenser müssen das Recht auf Selbstbestimmung und auf die Schaffung einer "unabhängigen Heimat" bekommen.

K. erinnert daran, dass die PLO vor zwei Jahren zusammen mit den "jordanischen Brüdern" einen gemeinsamen Anlauf zur Lösung des Nahostproblems unternommen habe. Die Bemühungen scheiterten am Widerstand der USA und Israels. Schon die informelle Arbeitsgruppe, in der sich eine amerikanische mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation hätte treffen sollen, kam nicht zustande, weil die USA keine Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO treffen wollten. Man einigte sich schliesslich darauf, dass der jordanisch-palästinensischen Abordnung Palästinenser angehören sollten, die nicht im Exekutivkomitee der PLO sitzen, die aber Mitglieder des palästinensischen Nationalrates sind. Die von der arabischen Seite vorgeschlagenen Kandidaten scheiterten aber ebenfalls am Veto Israels und somit der Vereinigten Staaten.

Laut K. hätten die USA einem Einbezug der PLO in den Friedensprozess nur zugestimmt, wenn diese Israel anerkennt, die Resolution 242 akzeptiert und auf den Terrorismus verzichtet. Die palästinensischen Anliegen wie der Einbezug sämtlicher relevanter UN-Resolutionen hätten erst im Verlauf der Verhandlungen diskutiert werden können. Die gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation sollte in den Augen der Amerikaner von Jordanien geleitet werden. Laut K. läuft dieser Versuch, die palästinensische Unabhängigkeit anzutasten, darauf hinaus, den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung vorzuenthalten. K. betont, die PLO habe die sowjetisch-französische Initiative, die ein Vorbereitungskomitee der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates im Hin-

blick auf die Einberufung einer internationalen Konferenz vorsieht, begrüsst. Diese Formel sei auch in Harare akzeptiert worden. K. würdigt die Haltung der Europäischen Gemeinschaft als positiv. Die PLO würde sich aber in der Erklärung von Venedig etwas klarere Aussagen wünschen. Das Dokument sollte die PLO nicht nur erwähnen, sondern auch als alleinige rechtmässige Vertreterin des palästinensischen Volkes bezeichnen. Es sollte im übrigen nicht nur von einer "Assoziierung" der Organisation, sondern von einer "Teilnahme" am Friedensprozess die Rede sein. Schliesslich sollte die EG nicht nur von "Selbstbestimmung" der Palästinenser sprechen, sondern klar von "nationaler Souveränität" und "Unabhängigkeit" eines zu schaffenden Palästinenserstaates.

K. lobt eine kürzliche Erklärung des Europäischen Parlamentes, in der von einem "freien und unabhängigen Staat" die Rede ist.

Wenn das Nahostproblem nicht gelöst wird, wird Europa, ja die ganze Welt immer mehr in Mitleidenschaft gezogen. Die Palästinenser haben keine andere Wahl, als den bewaffneten Kampf fortzusetzen. Sie kämpfen heute nicht nur um ihre nationalen Rechte, sondern um ihre nackte Existenz.

CFA legt die Haltung der Schweiz zur Nahostfrage dar. Für den Bundesrat hat jede Lösung des Nahostproblems von zwei Grundgegebenheiten auszugehen: einerseits vom Recht Israels auf eine gesicherte Existenz innerhalb international anerkannter Grenzen und andererseits vom Recht des palästinensischen Volkes, seine Zukunft selber zu bestimmen.

CFA erläutert K. die Massnahmen des Bundesrates im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in den Palästinenserlagern im Libanon. Die Schweiz ist in Damaskus und Beirut diplomatisch interveniert. Angesichts der prekären Lage der vom Konflikt betroffenen Zivilbevölkerung hat das EDA dem IKRK für dessen humanitäre Aktionen im Libanon eine Mio. Schweizer Franken zugesprochen. Gleichzeitig wurde ein Kredit von einer halben Mio. für Medikamente und Nahrungsmittel bewilligt, die von der Schweizerischen Botschaft in Beirut der notleidenden Zivilbevölkerung in den von den verschiedenen Konfliktparteien beherrschten Zonen zugeführt werden.

CFA erinnert K. an ihr gemeinsames Gespräch in Tunis. Damals schien K. nicht sehr glücklich über das Abkommen von Amman. K. befürchtete, die geplante Konföderation mit Jordanien könne eintreten, ohne dass zuvor ein unabhängiger Palästinenserstaat geschaffen würde, der sich erst in einem zweiten Schritt zu einer Konföderation mit Jordanien zusammenschlüsse. CFA erinnert sich auch daran, dass K. damals Vorbehalte gegen die gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation im Hinblick auf eine internationale Konferenz geäußert hat. Er befürchtete ein Ungleichgewicht zugunsten der Jordanier. Ist das Abkommen von Amman heute als endgültig "begraben" oder nur als suspendiert zu betrachten?

K. betont, dass Abkommen von Amman sei von Anfang an nur ein "Arbeitspapier" gewesen, das die Verwirklichung der "Charta von Fes" hätte ermöglichen sollen.

Das Abkommen ist als "suspendiert" zu betrachten. Das Scheitern der Initiative ist wie schon erwähnt den USA anzulasten, die auf der Anerkennung der Resolution 242 durch die PLO beharren. Die PLO hat immer betont, sie akzeptiere sämtliche Palästina betreffende Resolutionen. Dies schliesst die Teilungsresolution von 1947 ausdrücklich ein, die einen jüdischen Staat in Palästina vorsieht. Für die PLO ist die Frage der palästinensischen Vertretung bei Friedensgesprächen von eminenter Bedeutung, da die palästinensische Identität noch immer in Frage gestellt wird. K. wäre bereit, "hier und jetzt mit Shamir zusammenzutreffen", dieser wird aber nie akzeptieren, da er die Identität der Palästinenser nicht anerkennt. Die Schuld für das Scheitern des Abkommens von Amman wird nun von König Hussein wider besseres Wissen der PLO angelastet.

Es geht jetzt darum, ein neues "Papier" zu erarbeiten. Es stellt sich dabei jedoch ein Problem mit Syrien, das sich von Anfang an gegen den jordanisch-palästinensischen Alleingang gestellt hatte. Nach der Aufkündigung der "politischen Koordination" mit der PLO traf sich König Hussein mit Präsident Assad. Es wurde ein gemeinsames Communiqué veröffentlicht. Die PLO hat Syrien und Jordanien angeboten, diese Erklärung ebenfalls zu unterzeichnen. Beide Länder haben dies abgelehnt. Sowohl Syrien als auch Jordanien suchen die palästinensische Unabhängigkeit zu zerstören. Jordanien versucht es auf diplomatischem Wege, Syrien wendet Gewalt

an. K. vermag nicht einzusehen, weshalb Syrien oder Jordanien das Recht haben sollten, die Palästinenser zu repräsentieren. Bei einem Neuanfang mit Jordanien, zu dem die PLO bereit ist, sollte laut K. aus Rücksicht auf Syrien der jordanische-palästinensische Bilateralismus aufgegeben werden. Die Grundlage für eine Lösung ist und bleibt Fes.

CFA erkundigt sich nach den Ergebnissen der Unterredung Hussein-Arafat am Rande der islamischen Konferenz in Kuwait.

K. bezeichnet das Gespräch als positiv und betont, die PLO habe viel Verständnis für die schwierige Lage des Königs. Jordanien ist ein "Pufferstaat" zwischen Israel und seinen grossen arabischen Nachbarn. Die PLO hegt keinerlei finstere Absichten gegen die Haschemitendynastie. Ein Coup d'Etat der Palästinenser in Jordanien ist nicht zu befürchten. Die PLO anerkennt die Tatsache, dass die 2 Mio. Palästinenser in Jordanien als gleichberechtigte Bürger behandelt werden und jordanische Pässe haben. Dreissig Palästinenser sitzen im jordanischen Parlament. Gute Beziehungen zu Amman sind für die Palästinenser lebenswichtig, da der Zugang zu den besetzten Gebieten nur über Jordanien möglich ist. Laut K. hält die PLO angesichts dieser engen Beziehungen zwischen Jordanien und den Palästinensern nach wie vor an der Idee einer palästinensisch-jordanischen Konföderation fest. Diese ist im übrigen schon anlässlich der 16. Session des palästinensischen Nationalrates beschlossen worden. Nach der Unterredung mit Arafat kündigte Hussein die Wiederaufnahme der Arbeit im "gemischten Komitee" an, das in Bagdad gebildet wurde, um die Palästinenser in den besetzten Gebieten zu unterstützen. Damit ist der "Entwicklungsplan" König Husseins, den die PLO ablehnt, gescheitert. Die gesamte arabische Finanzhilfe fliesst jetzt durch dieses Komitee, wie dies die PLO gefordert hat.

CFA erkundigt sich nach den Aussichten für eine Wiederversöhnung der zerstrittenen palästinensischen Faktionen.

Laut K. gibt es im Nationalrat sechs wichtige Faktionen. Zwei dieser Gruppierungen befinden sich in Damaskus, die Demokratische Front (DFLP) unter der Führung von Hawatmeh und die Volksfront (PFLP) unter Habash. Laut K. können diese beiden Faktionen nicht

als pro-syrisch bezeichnet werden. Hawatmeh hat die Initiative zu einer Wiederannäherung mit Fath ergriffen. Es kam zu verschiedenen Begegnungen, etwa zwischen der DFLP und der Arafat-loyalen PLO (Fath, Arab Liberation Front, Palestine Liberation Front) in Prag anfangs September 1986, oder zwischen Fath und der PFLP (Habash) in Prag, Moskau und Algier. K. erwartet für nächsten April eine weitere wichtige Begegnung, der etwa drei Monate später eine Einberufung des Nationalrates folgen könnte.

CFA erkundigt sich nach der Einschätzung der Rolle der "Partei Gottes" (Hizballah) durch K.

Laut K. ist die Hizballah mit Iran liiert. Obwohl es sich um Schiiten handelt, stehen sie "Amal" sehr kritisch gegenüber. Amal ist pro-syrisch, während Hizballah den syrischen Einfluss im Libanon bekämpft. Die Syrer haben es nach ihrem Einmarsch in Westbeirut nicht gewagt, in die südlichen Quartiere vorzustossen, wo die Hizballah verschanzt ist.

Das Eindringen der syrischen Truppen im Westen der libanesischen Hauptstadt wurde laut K. von Präsident Gemayel als "verfassungswidrig" bezeichnet. Teile der libanesischen Armee und die "Forces libanaises" haben das Vorgehen Asads ebenfalls verurteilt. Für die Palästinenser in den Lagern sollte sich laut K. die Lage fürs erste verbessern, da die Syrer vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung für die Beendigung der Belagerung durch die Miliz Nabih Berris tragen. Allerdings beschuldigt K. die syrischen Truppen, sie hätten Transporte mit Hilfsgütern für Burj el-Barajneh zum Teil konfisziert und an Amal weitergeleitet.

Die syrische Reaktion auf die Kämpfe in Westbeirut bezeichnet K. als "übertrieben". Statt die verschiedenen Faktionen zu versöhnen, hat Syrien Zwietracht gesät. Das Diktum "divide and rule" wird sich aber für die Syrer in "divide and lose" umwandeln. Die schweren Kämpfe in Westbeirut vor dem syrischen Eingreifen erklärt K. damit, dass die verschiedenen nichtschiitischen Milizen in Westbeirut (PSP = Drusen, Kommunisten, Murabitun = Nasseristen) befürchteten, Amal könnte im sich abzeichnenden "schiitischen Kanton" nach der Eliminierung der Palästinenser auch die anderen nichtschiitischen Kräfte zu überwältigen suchen.

K. zufolge hatten die "linken Milizen" 75 % des Bestandes der Amal liquidiert. Syrien war deshalb gezwungen einzugreifen, um seinen Hauptverbündeten vor dem sicheren Untergang zu retten und sich selber einen massiven Gesichtsverlust zu ersparen. Syrien sieht sich nun aber fünf schwerwiegenden Problemen gegenüber, an deren Lösbarkeit K. jedoch nicht glaubt.

Von Syrien wird erwartet, dass es

1. Frieden und Sicherheit nach Westbeirut zurückbringt.
2. der Belagerung der Palästinenserlager ein Ende setzt und deren Versorgung sicherstellt.
3. die Hizballah in Südbeirut entwaffnet.
4. die verfeindeten "leftist factions" mit Amal wiederversöhnt.
5. die westlichen Geiseln befreit.

Auf eine Frage CFAs nach den Verbindungen zwischen Hizballah und Fath, die ihre Gegnerschaft gegen Israel verbinde, antwortet K. ausweichend. Er betont, die Behauptungen, wonach die PLO in den letzten Wochen und Monaten massiv bewaffnete Elemente in den Libanon zurückgeschleust hätten, seien nicht berechtigt. Ein zwölfjähriger Palästinenser, der 1982 die israelische Belagerung Beiruts miterlebt hat, ist heute siebzehn und trägt selbstverständlich eine Waffe. Für einen Palästinenser ist dies eine Ueberlebensfrage. Nichts ist im übrigen leichter, als in Beirut ein Gewehr zu kaufen. "Für 250.000 libanesische Pfund können Sie das ganze syrische Expeditionskorps kaufen."

K. sieht im Libanon mittelfristig einen syrisch-iranischen Konflikt aufgrund der innerschiitischen Spannungen heraufziehen. Amal ist ein Verbündeter Syriens, während Hizballah von Iran unterstützt wird. Die Miliz Nabih Berris sucht Israel gewisse Sicherheitsgarantien zu geben, zumindest bis der schiitische "Kanton" einigermaßen konsolidiert ist. Hizballah geht hingegen keine Kompromisse mit Israel ein. Laut K. hat sogar der libanesische Staatspräsident begriffen, dass die Gefahr für den Libanon

von den Schiiten kommt. Gemayel habe einem hohen PLO-Verantwortlichen erklärt, die Palästinenser seien genauso "Opfer" wie die libanesischen Christen.

CFA kommt auf das Problem des Terrorismus zu sprechen und verurteilt vor dem Hintergrund des jüngsten Anschlages in Jerusalem (Damaskustor) unzweideutig jeden Akt des Terrorismus oder der Gewalt, unabhängig davon, ob er von Individuen, von Organisationen oder von Staaten begangen wird.

K. betont, die PLO habe sich wiederholt gegen den Terrorismus angesprochen. Arafat selbst hat in Kairo den Terrorismus verurteilt. Der "bewaffnete Kampf in den besetzten Gebieten" fällt aber selbstverständlich nicht unter die Rubrik "Terrorismus". Für K. ist im übrigen auch die Besetzung fremden Territoriums eine Art Terror. Auch die Bombardierung von Palästinenserlagern und des Hauptsitzes der PLO in Tunis durch die Israeli ist in den Augen der PLO "Terror". K. betont, die Okkupation als Form der Gewalt erzeuge Gegengewalt. Wenn das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anerkannt wird, wird diese Gegengewalt verschwinden. K. fühlt sich im übrigen nicht für jeden Verzweiflungsakt eines Palästinensers verantwortlich (Beispiel : die Ermordung Robert Kennedys durch den Palästinenser Sirhan).

Abschliessend drückt K. CFA gegenüber noch einmal seine Wertschätzung für die humanitäre Tätigkeit unseres Landes aus und bittet die Schweiz, sich für die Idee einer internationalen Konferenz mit der PLO als gleichberechtigtem Partner einzusetzen.

S. Speck

GesprächsteilnehmerPLO - Delegation

Faruk Kaddumi

Chef des politischen Departementes  
der PLO

Nabil Ramlawi

PLO-Representative, Genf

Schweizerische Delegation

Bundespräsident Pierre Aubert

Botschafter Alfred Rüegg

Chef der Politischen Abteilung II

Botschafter Paul André Ramseyer

Chef des Politischen Sekretariats

Stefan Speck

Politisches Sekretariat

Tim Guldemann

Politische Abteilung II

Jacques de Watteville

Sekretär des Departementsvorstehers

V E R T R A U L I C H  
p.B.58.71.Mo.Orient - SPE/dn

Bern, 9. März 1987

- An:
- Departementsvorsteher
  - Staatssekretär E. Brunner
  - Generalsekretariat
  - Direktion für internationale Organisationen
  - Direktion für Völkerrecht
  - Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
  - Politische Abteilung I
  - Politische Abteilung II
  - Protokoll
  - KSZE - Dienst
  - Finanz- und Wirtschaftsdienst
  - Information und Presse
  - Politische Sonderfragen
  - Integrationsbüro EDA/EVD
- 
- Bundesamt für Aussenwirtschaft
  - Schweizerische Missionen in Genf, Brüssel und New York
  - Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris
  - Schweizerische Botschaften im Ausland

Gespräch des Departementsvorstehers mit Faruk Kaddumi

In der Beilage erhalten Sie eine Aufzeichnung des Gespräches, das Bundespräsident P. Aubert am 27. Februar 1987 mit dem Chef des politischen Departementes der PLO, Faruk Kaddumi, geführt hat.

POLITISCHES SEKRETARIAT

*Paul A. Ramseyer*

(Paul André Ramseyer)